

Themengruppe Medien und Journalismus  
der Sammlungsbewegung „Aufstehen Leipzig“  
Eisenacher Str. 72  
04155 Leipzig

E-Mail: [lpz-tg-medien@aufstehen.pro](mailto:lpz-tg-medien@aufstehen.pro)  
Fax: 034297-158397

## Offener Brief an den sächsischen Ministerpräsidenten

Herrn Ministerpräsident  
Michael Kretschmer  
Sächsische Staatskanzlei  
01095 Dresden

Leipzig, am 31.07.2019

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir, die Mitglieder der Themengruppe Medien und Journalismus der Sammlungsbewegung „Aufstehen Leipzig“ fordern Sie auf, den neuen Medienstaatsvertrag nicht zu unterzeichnen und sich für Änderungen im Vertrag mit dem Ziel der Durchsetzung des Programmauftrages der Medien einzusetzen.

Die öffentlich-rechtlichen Medien stehen seit geraumer Zeit in der Kritik der Bürger. Spätestens seit Ihrem Gespräch mit Präsident Putin und Ihrem Eintreten für das Ende der Sanktionen gegen Russland erleben Sie wahrscheinlich auch persönlich, dass Medien nicht neutral agieren und z.B. Ihnen (ungerechtfertigt) eine Nähe zur AfD zuschreiben sowie Spannungen zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern anheizen.

In der Ortsgruppe Leipzig der Sammlungsbewegung „Aufstehen“ haben wir eine Themengruppe gegründet, die sich mit der Analyse der aktuellen Arbeitsweise der Medien und der gesetzlichen Situation befasst. Die festgestellte Diskrepanz veranlasste uns, Vorschläge zu erarbeiten, wie die öffentlich-rechtlichen Medien zu stärken sind, damit sie ihrem Auftrag wieder gerecht werden können. Unsere Analyse und Forderungen zur Stärkung der Medien haben wir in einem Thesenpapier zusammengefasst, das auf dem Vernetzungstreffen von „Aufstehen Leipzig“ am 16.6.2019 beschlossen wurde.

Unserer Meinung nach ist der neue Medienstaatsvertrag eine Verschlechterung der bisherigen Situation und beseitigt insbesondere nicht die Unzulänglichkeiten aus dem aktuellen Rundfunkstaatsvertrag. Im Rundfunkstaatsvertrag ist der Programmauftrag der öffentlich-rechtlichen Medien festgelegt. Die Nichteinhaltung dieses Programmauftrages (z.B. Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, Meinungsvielfalt sowie Ausgewogenheit der Angebote) ist der Hauptgrund für die Unzufriedenheit vieler Bürger mit den Medien. Die Aufsichtspflicht haben die Rundfunk- bzw. Fernsehräte, allerdings nur in beratender Funktion. Eine Kontrolle der Medien durch die Bürger, die mit dem Rundfunkbeitrag die öffentlich-rechtlichen Medien finanzieren, erfolgt nicht und ist gesetzlich nicht möglich.

Deshalb fordern wir, dass im neuen Medienstaatsvertrag eine unabhängige Instanz zur Qualitätskontrolle sowie Publikumsräte festgeschrieben werden. Die Qualitätskontrolle soll die Einhaltung des Programmauftrages mittels Qualitätserfassung bewerten und damit Publikumsräte






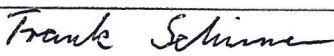
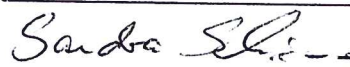
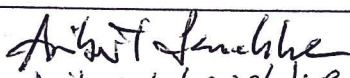
und Rundfunkräte in die Lage versetzen, ihre Kontrollfunktion ausführen zu können. In Ergänzung zu den Rundfunkräten mit beratender Funktion sollen Publikumsräte eingeführt werden, die auf Basis des Qualitätsberichts die Einhaltung des Programmauftrages durchsetzen können. Dafür sollen sie mit einem wirksamen Instrumentarium ausgestattet werden, bis hin zu Sanktionen bei nachgewiesenen Verstößen gegen den Programmauftrag. Die Besetzung eines Publikumsrates sollte per Losentscheid erfolgen, ähnlich wie die aktuelle Etablierung des Bürgerrats Demokratie, um Seilschaften zu verhindern. Auf diese Weise kann, wie allgemein üblich, der Gesellschaft als Eigentümer der öffentlich-rechtlichen Medien eine Kontrollfunktion über die Einhaltung des Programmauftrages eingeräumt werden.

Der Raum für Debatten, der bei den öffentlich-rechtlichen Medien fehlt - weil z.B. die Gegenöffentlichkeit aus der Berichterstattung und der Diskussion heraus gehalten wird - wird derzeit hauptsächlich von alternativen Print- und Telemedien zur Verfügung gestellt; aktuell gewährleisten nur diese eine umfassendere Information zur Meinungsbildung. Wir schlagen vor, dass diese Medien zwecks Erfüllung dieser wichtigen Funktion aus dem Rundfunkbeitrag mit einem Mindestanteil von 2% der Einnahmen teilfinanziert werden. Des Weiteren sollte in den Arbeitsverträgen der Journalisten, die für öffentlich-rechtliche Medien arbeiten, ein Passus eingebaut werden, der sie verpflichtet und berechtigt, den gesetzlich festgelegten Programmauftrag der öffentlich-rechtlichen Medien zu erfüllen.

Wenn es uns nicht gelingt, die öffentlich-rechtlichen Medien so zu stärken, dass diese wieder eine breite Diskussion aller Ansichten und Meinungen präsentieren und somit den Raum für einen umfassenden Diskurs über die weitere Ausgestaltung unserer Gesellschaft eröffnen, wird unsere Demokratie weiter Schaden nehmen und der Weg für rechtspopulistische Kräfte geebnet.

Im Anhang finden Sie unser Positionspapier zur Situation und Stärkung der öffentlich-rechtlichen Medien sowie die Liste unserer Unterstützer. Für Rückfragen und zur Diskussion stehen wir Ihnen sehr gern zur Verfügung.

Hochachtungsvoll  
Themengruppe Medien und Journalismus von „Aufstehen Leipzig“

 Dr.-Ing. Beate Strehlitz	 Dipl.-Ing. Dieter Korbely	 Dr. Armin Köhler
 Reinhold Hopel	 Dr. Rainen Pickobain	 Frank Schirmer
 Sandra Schirmer	 Aribert Laschke	

Anhänge:

Positionspapier der Themengruppe Medien und Journalismus, Bürgerinitiative „Aufstehen Leipzig“  
Namensliste der Unterstützer

# **Positionspapier der Themengruppe Medien und Journalismus, Bürgerinitiative „Aufstehen Leipzig“**

## **Analyse der Situation der Medien, insbesondere öffentlich-rechtliche Medien, und Forderungen zu ihrer Stärkung**

### **Beschreibung der (gesetzlichen) Situation**

Wir haben den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk (ÖR-Rundfunk) mit einem Grundversorgungsauftrag und einem gesetzlich definierten Programmauftrag. Der ÖR-Rundfunk soll unabhängig von Interessen Dritter sein, sowohl politisch als auch wirtschaftlich, und soll nicht die Interessen bestimmter Gruppen vertreten. Die Wahrung der politischen Unabhängigkeit muss von innen heraus sowie von der Politik aus geschehen, auch durch entsprechende Gesetzgebung. Für die wirtschaftliche Unabhängigkeit ist die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF)<sup>1</sup> zuständig. Seit Ende der achtziger Jahre entstand mit der Einführung des privaten Fernsehens das duale Rundfunksystem.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben in ihren Angeboten einen umfassenden Überblick über das internationale, europäische, nationale und regionale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Ihre Angebote haben der Bildung, Information, Beratung und Unterhaltung zu dienen. Sie haben Beiträge insbesondere zur Kultur anzubieten. Auch Unterhaltung soll einem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechen. Ebenso soll der private Rundfunk inhaltlich die Vielfalt der Meinungen im Wesentlichen zum Ausdruck bringen. Die bedeutsamen politischen, weltanschaulichen und gesellschaftlichen Kräfte und Gruppen müssen in den Vollprogrammen angemessen zu Wort kommen; Auffassungen von Minderheiten sind zu berücksichtigen. Kulturelle Programmbeiträge sollen außerdem erstellt werden. Es sind Beiträge zur aktuellen und authentischen Darstellung der Ereignisse des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in dem jeweiligen Land aufzunehmen. Im Weiteren werden vielfaltsichernde Maßnahmen gesetzlich vorgeschrieben. [1]

Daneben gibt es Freie Radios /Bürgermedien, sowie vor allem im Internet alternative Medien. Die meisten auflagenstarken Tageszeitungen und Zeitschriften kommen aus den vier Konzernen Bertelsmann, Springer, Bauer und Burda, die zugleich auch privat-kommerziellen Rundfunk betreiben. Zusammen ergibt sich eine Vielzahl an Anbietern, die theoretisch eine Vielfalt der Medienlandschaft in Deutschland darstellen könnten. In der Praxis ergibt sich aus der Vielzahl jedoch keine Vielfalt. Die plurale Programmgestaltung der ÖR-Medien wird vom jeweiligen Rundfunkrat überwacht. Der Verwaltungsrat kontrolliert die wirtschaftliche Tätigkeit der Rundfunkanstalt und die Geschäftsführung des Intendanten. Der Intendant ist für die Programmgestaltung und die generelle Geschäftsführung verantwortlich. Er repräsentiert den Sender nach außen hin. In den Aufsichtsgremien sitzen Vertreter gesellschaftlich relevanter Gruppen wie politische Parteien, Gewerkschaften, Sozialverbände, Kirchen usw. Der öffentlich-rechtliche Programmauftrag ist mit der Bestands- und Entwicklungsgarantie für den ÖR-Rundfunk im 6. Rundfunkurteil (1991) nochmals

---

<sup>1</sup> <https://kef-online.de/de/startseite/>: Die KEF besteht aus 16 unabhängigen Sachverständigen; jedes Land benennt ein Mitglied. Die Mitglieder sollen über verschiedene fachliche Qualifikationen verfügen. Sie werden von den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder für fünf Jahre berufen; Wiederbestellung ist zulässig. Die Kommission wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und einen oder zwei Stellvertreter. Rechtliche Grundlage für die Arbeit der Kommission ist der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag der Länder.

festgeschrieben worden. In der Begründung zu dem Urteil steht: „Als dienende Freiheit wird [die Rundfunkfreiheit] ... im Interesse freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung gewährleistet. Der Gesetzgeber ist deswegen verpflichtet, die Rundfunkordnung in einer Weise auszugestalten, die die Erreichung dieses Zieles sicherstellt. In programmrechtlicher Hinsicht folgt daraus, dass im Gesamtprogramm sowohl die Vielfalt der Gegenstände als auch die Vielfalt der Meinungen angemessen zum Ausdruck kommen muss.“

Danach müssen die Programme den Zuschauern und Zuhörern umfassend und ausgewogen Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung anbieten. Dabei sind auch bestimmte journalistische und ethische Prinzipien einzuhalten.

Auch für die Medien gilt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland mit seinem Artikel 3, der besagt:

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

sowie Art 5, Abs. 1:

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Das Bundesverfassungsgericht hat dieses Grundrecht weitergehend interpretiert:

„Für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung ist es schlechthin konstituierend, denn es ermöglicht erst die ständige geistige Auseinandersetzung, den Kampf der Meinungen, der ihr Lebenselement ist. Es ist in gewissem Sinn die Grundlage jeder Freiheit überhaupt“ (BverfG, 1958).

„Eine verantwortliche Teilhabe der Bürger an der politischen Willensbildung des Volkes setzt voraus, dass der Einzelne von den zu entscheidenden Sachfragen, von den durch die verfassten Staatsorgane getroffenen Entscheidungen, Maßnahmen und Lösungsvorschlägen genügend weiß, um sie beurteilen, billigen oder verwerfen zu können“ (BverfG, 1977).

Der Auftrag der ÖR-Rundfunks ist im Rundfunkstaatsvertrag festgeschrieben (II. Abschnitt, Paragraph 11) [1]:

1) Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist, durch die Herstellung und Verbreitung ihrer Angebote als Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wirken und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben in ihren Angeboten einen umfassenden Überblick über das internationale, europäische, nationale und regionale Geschehen in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Sie sollen hierdurch die internationale Verständigung, die europäische Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bund und Ländern fördern. Ihre Angebote haben der Bildung, Information,



Beratung und Unterhaltung zu dienen. Sie haben Beiträge insbesondere zur Kultur anzubieten. Auch Unterhaltung soll einem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechen.

2) Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben bei der Erfüllung ihres Auftrags die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote zu berücksichtigen.

Es gibt die Möglichkeit der Programmbeschwerde, die an die Rundfunkräte zu richten ist und die sich damit in ihren Sitzungen befassen müssen. Die journalistische Selbstkontrolle soll über den frei vereinbarten Presssekodex des Deutschen Presserates samt Beschwerdeausschuss gewährleistet werden: „Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse“ (Art. 1 Presssekodex).

Das Pressewesen unterliegt den jeweiligen Landespressegesetzen (z.B. Sächsisches Gesetz über die Presse [2]). Zur Presse gehören alle zur Verbreitung geeigneten und bestimmten Druckerzeugnisse (sogenannte Druckwerke), die einmalig oder periodisch erscheinen. Eine zentrale Anforderung an die Presse ist die Einhaltung der publizistischen oder journalistischen Sorgfaltspflicht bei der Berichterstattung.

Darüber hinaus gibt es Redaktionssatzungen, worin z.B. für die Qualitätssicherung das sog. „4-Augen-Prinzip“ festgelegt sein kann.

Nach einer Zusammenstellung des Kommunikationswissenschaftlers Stephan Ruß-Mohl [3] umfassen die Qualitätskriterien des Journalismus:

- Komplexitätsreduktion: Vereinfachung bei Faktentreue;
- Objektivität: Faktentreue, angemessene Auswahlregeln, Trennung von Nachricht und Meinung, Vielfalt der Blickwinkel, Fairness und Ausgewogenheit, Hintergrund;
- Transparenz: Offenlegung der Bedingungen der Berichterstattung, Quellenkritik;
- Aktualität: Neuigkeit, Wichtigkeit des Themas;
- Originalität: Lese-, Hör- und Sehanreize, Eigenrecherche.

Die Presse soll jedoch nicht passiv sein und sich nicht nur am Elitendiskurs orientieren. Nach dem sog. „Spiegel“-Urteil des Bundesverfassungsgesetzes von 1966 soll sie auch Themen und Meinungen aus der Bevölkerung aufnehmen und an die Politik herantragen [4].

Die Medien werden auch als „Vierte Säule“ der Demokratie bezeichnet. Gemeint ist damit, dass die Medien in demokratischen Systemen neben den klassischen Staatsgewalten Legislative, Exekutive und Judikative eine Art „Publikative“ darstellen. Als solche sollen sie dem Gesetzgeber, der Regierung und den ausführenden Organen des Staates sowie den Instanzen der Rechtsprechung gegenüber wichtige Kontrollaufgaben wahrnehmen. Sie sollen für Transparenz in der Gesellschaft sorgen. Der Begriff „Vierte Säule“ reicht ins 18. Jahrhundert zurück, in die Epoche der Aufklärung. Damals hat der französische Philosoph und Gesellschaftskritiker Jean Jacques Rousseau in Anlehnung an die Gewaltenteilung die Presse als die „vierte Säule“ im Staat bezeichnet. Seitdem wird diese Bezeichnung immer wieder verwendet und ihre Funktion als Wächter im Staat und als Hüter der Demokratie insbesondere in demokratische Gesellschaften eingefordert. Allerdings gibt es in den westlichen Demokratien keine Verfassung, die eine „Vierte Säule“ der Demokratie definiert. [5]

## Gegenüberstellung der Realität

Allgemein besteht der Eindruck, dass die Medien in Deutschland ihrer Rolle als „Vierte Gewalt“ nicht mehr gerecht werden. Sie „üben durch ihre politischen und ökonomischen Verflechtungen mit den herrschenden Eliten gegenüber den politischen Zentren keine wirksame Kontrollfunktion aus; sie sind keine Wachhunde des öffentlichen Interesses gegenüber den Zentren der Macht, sondern vielmehr ihre Schutzhunde.“ [6] Wie sonst ist es möglich, dass offensichtliche und nachgewiesene Missstände wie z.B. aktuell im Verteidigungsministerium die Vorgänge um die „Gorch Fock“, um strittige Beraterverträge und die Verschwendung von Geldern, nur zögerlich von den Journalisten aufgegriffen werden. Es findet keine umfassende journalistische Aufklärung statt, die z.B. zu personellen Konsequenzen bei der verantwortlichen Ministerin führen könnte. Dagegen wurde z.B. Jürgen Möllemann 1993 auch auf Druck der Medien zum Rücktritt von seiner Funktion als Wirtschaftsminister gedrängt. Grund war die sog. „Briefbogenaffäre“ oder „Chipaffäre“. Möllemann hatte mit dem Briefkopf des Wirtschaftsministeriums eine Empfehlung an Handelsketten zur Verwendung eines Plastikchips, der von der Firma eines Veters vertrieben wurde, gegeben. Dieser Rücktrittsgrund mutet gegenüber den bereits aufgedeckten Skandalen im Verteidigungsministerium geradezu lächerlich an. Der Vergleich zeigt aber exemplarisch und im Vergleich zu 25 Jahren zuvor, wie die Medien ihrer Rolle als 4. Gewalt heutzutage nicht mehr gerecht werden.

Das Ziel umfassend und ausgewogen Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung anzubieten wird nach unserem Erfahren nicht einmal ansatzweise erreicht. Ganz im Gegenteil, „...durch die Art der Nachrichtenselektion und Nachrichteninterpretation [fungieren die Medien] als Torwächter und Weichensteller bei der Formung des Diskussionsraumes“ [6]. Bestes Beispiel für die Einschränkung des Debattenraumes ist der Umgang mit Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung gegen die Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten. Während selbst Menschen, die in Israel leben, wie Gideon Levy, hier von einer Apartheid sprechen [7], werden Kritiker in deutschen Medien sofort des Antisemitismus bezichtigt. Eine Debatte über das Wirken der israelischen Regierung ist dann nicht mehr möglich. Wir brauchen aber keine tendenziöse Berichterstattung, sondern eine umfassende, neutrale Information über die politischen Vorgänge in der Welt. Das ist die Basis für eine offene Diskussion und Meinungsbildung. Die ÖR-Medien werden somit den Anforderungen aus dem Rundfunkstaatsvertrag bezüglich Unparteilichkeit, Ausgewogenheit und Hintergrundinformationen nicht gerecht. Das hat aber keine Konsequenzen, außer dass das Misstrauen in die Medien enorm zugenommen hat<sup>2</sup>[6]. Da die Kontrolle der Sender über die Rundfunkräte (ARD) bzw. den Fernsehrat (ZDF) erfolgt, müssten Auflagen von diesen kommen. In der Praxis werden diese Räte jedoch ihrer Kontrollfunktion offensichtlich nicht gerecht, und aufgrund der gesetzlichen Situation können sie es auch nicht, denn sie haben nur beratende und keine Weisungsfunktion.

Neben der Verengung des Debattenraumes und der Meinungsspanne (z.B. (Nicht)Berichte über geheime TTIP- und CETA-Verhandlungen) ist die Berichterstattung in den Medien auch von doppelten Beurteilungsstandards geprägt. Das heißt, Ereignisse von ähnlichem Ausmaß und Wirkung werden in der Berichterstattung unterschiedlich bewertet, je nachdem ob sie den Interessen der westlichen „Werte“-Ideologie entsprechen oder nicht. Beispiele dafür sind: die Völkerrechtsverletzungen im Kosovo vs. Krim; die Verfolgung von Journalisten - Yücel vs. Assange. Anderes Beispiel ist, dass die

---

<sup>2</sup> nach einer repräsentativen Umfrage der „Zeit“ hatten 2015 60% der Befragten wenig oder kein Vertrauen in die Medien

Unterstützung des ukrainischen Politikers Vitali Klitschko durch die Konrad Adenauer Stiftung mit deutschen Steuergeldern positiv konnotiert berichtet wurde, während der Kontakt eines AfD-Hinterbänklers mit russischen Diplomaten als unerlaubte Einflussnahme auf demokratische Entscheidungen oder Wahlbeeinflussung gewertet wird. Ist ersteres das nicht? Diese Informationen stammen aus dubiosen Quellen (Hacker), sie werden ohne Prüfung übernommen. Als dagegen Wikileaks Mails der US-Demokraten veröffentlichten wurde das als Wahlbeeinflussung verurteilt. Nachrichten werden gemessen an den sogenannten „westlichen Werten“, die aber im Kern nichts anderes als eine neue Adaption der alten westlichen Kolonial- und Weltherrschaftsideologien sind.

Deutsche Medien und führende Journalisten sind eng verflochten im Transatlantik-Netzwerk (siehe: <https://swprs.files.wordpress.com/2017/08/netzwerk-medien-deutschland-spr-mt.png>) und sind dadurch zumindest beeinflusst bzw. vertreten transatlantische Interessen [8].

Nachrichten werden in den Redaktionen auf Basis der Arbeit von Reportern sowie von Agenturmeldungen produziert. Die Begrenzung der dafür verfügbaren Ressourcen führt zu einer Art „struktureller Zensur“. Aufgrund wirtschaftlicher Zwänge ist z.B. die Anzahl von Reportern bei den Sendern zurückgegangen. In der Folge können einzelne Reporter für immer größere geografische Gebiete zuständig sein, was abträglich ist für die aktuelle Berichterstattung vom Ort des Geschehens. Es wird schwieriger für die Reporter schnell am Ort des Geschehens zu sein, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Aus der Distanz können die Berichterstattung und die Einschätzung der Lage unscharf werden. Z.B. wurden die Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen auf die Menschen in Syrien wie die stark verschlechterte Gesundheitsversorgung der Menschen, die Lebensmittelknappheit und Heizgas-mangel von den deutschen Medien einseitig der syrischen Regierung zugeschrieben. Es wurde die Darstellung der Politik transportiert, dass die Sanktionen allein gegen die Regierung Assad gerichtet seien und die Zivilbevölkerung nicht in Mitleidenschaft ziehen würden. Erst als es zu kilometerlang vor syrischen Tankstellen wartenden Autoschlangen kam, wurde das Interesse westlicher Medien geweckt. [9]

Weiterhin führt die (anscheinende) Verknappung der Mittel z.B. in den TV-Medien dazu, dass im Programm mehr unpolitische und unproblematische Themen vorkommen, wie z.B. Krimis, Sport-, Rate- und Kochsendungen [4]. Wir haben mal die Sendungen von ARD und ZDF in der besten Sendezeit (von 18 bis 24 Uhr) über eine Woche analysiert (erste Juniwoche 2019). Die Gesamtzeit (42 Stunden) haben wir dabei mit 100% angesetzt und das Ergebnis lautet folgendermaßen: Krimis: 34%, Aktuelles (Tagesschau usw.): 12%, Serien (In aller Freundschaft usw.): 9%, Talkshows: 7%, Filme (ohne Krimis): 6,5%, Sport: 6,3%, Dokus: 6,3%, Quizsendungen: 5,7%. Alles andere ist deutlich kürzer wie etwa kritische Sendungen, Kulturbeiträge etc.

Es gibt ein globales Ungleichgewicht der Nachrichten, da mit Associated Press (AP) aus den USA, AFP aus Frankreich und Reuters aus Großbritannien Nachrichtenagenturen aus den großen westlichen Industriestaaten den Nachrichtenmarkt dominieren [10]. In Deutschland konsolidiert sich die Anzahl der Nachrichtenagenturen. Die größten Agenturen sind DPA und ddp, daneben gibt es auf ein bestimmtes Thema spezialisierte Spezialagenturen, wie den Evangelischen Pressedienst (epd) und die Katholische Nachrichtenagentur (KNA) sowie den Sport-Informationen-Dienst (sid). [11] Bei der Belieferung von Tageszeitungen mit Vollredaktion mit Nachrichtenmeldungen konkurrieren in Deutschland fünf Nachrichtenagenturen miteinander (was eine im internationalen Vergleich hohe Vielfalt darstellt): DPA erreicht 98,5 Prozent der Nachrichten-Gesamtauflage, AP beliefert 84,4

Prozent, Reuters 62,5 Prozent, AFP 42,1 Prozent, ddp 35,1 Prozent. [11] Die Eigentumsverhältnisse der Nachrichtenagenturen sind in Anlage 1 aufgeführt, soweit sie von uns recherchierbar waren.

Der allgemein zunehmende Kostendruck in den Medien hat dazu geführt, dass weniger eigene Korrespondenten angestellt sind, auf deren Berichte zurückgegriffen werden kann. In der Folge werden mehr Agentur-Beiträge übernommen. Daraus resultiert eine relative vereinheitlichte Berichterstattung. Weiterhin führt der Kostendruck auch zu dem Anspruch, Nachrichten als Erster und exklusiv zu bringen und somit hohe Quoten zu erzielen, weil damit hohe Werbeeinnahmen verbunden sind (obwohl die ÖR-Medien nicht auf Werbeeinnahmen angewiesen sein sollten). Darunter leidet allzu oft die genaue und ausführliche Recherche und somit die Qualität der Beiträge.

Weitere Einflussfaktoren werden unter den Schlagworten „Framing“, „Indexing“, „Fokussierung“ und „Konsonanz“ zusammengefasst. Kurz gesagt bedeutet „Framing“ die inflationäre Verwendung eines bestimmten wertenden Begriffs oder Attributs, das z.B. von Politikern, Think Tanks oder auch zufällig in die Welt gesetzt wurde und eine *a priori* gewertete Nachricht erzeugt (z.B. „Machthaber“ statt „Präsident“ für Regierungschef). Als „Indexing“ wird die Anpassung der Medien an die offizielle Linie der Politik bezeichnet, oder auch flapsig als „Hofberichterstattung“ [4]. Alternativen Darstellungen oder kritischen Meinungen wird so gut wie kein Raum gegeben. Beispiele sind die Berichterstattungen zum Kosovo-Krieg, zu den Vorkommnissen des 11. September 2001 oder zum Afghanistan-Krieg [4] oder auch, dass über die Wirtschaftssanktionen nur (positiv) als Druckmittel gegen missliebige Regierungen berichtet wird, die Auswirkungen auf die Bevölkerung aber fast gar nicht erwähnt werden (z.B. Venezuela). Unter „Fokussierung“ wird eine Beschränkung der Nachrichtenauswahl aus den Agenturangeboten nach bestimmten, Aufmerksamkeit erzeugenden Faktoren beschrieben (Gewalt, Brutalität, Kriege, Katastrophen, Prominenz, ...) [12]. Als „Konsonanz“ bezeichnet man die (manchmal unbewusste) Orientierung der Journalisten am Elitendiskurs oder an den Themen ihrer eigenen Kollegen, um anschlussfähig zu bleiben bzw. dazu zu gehören [12]. Weitere „Filter“ für die Auswahl von Nachrichten ergeben sich aus den Interessen der Medieneigentümer oder Werbekunden, oder auch aus der persönlichen Nähe von Journalisten zu wiederkehrenden Quellen [12].

Die Tendenz im Journalismus, nicht mehr nur nüchtern, kühl und distanziert zu dokumentieren und nachzuzeichnen, sondern für die richtigen Werte zu stehen und damit zu bewegen und zu prägen, hat zu einem Vertrauensverlust in der Bevölkerung geführt. Das Fehlen von objektiver Distanz führte zu Vorwürfen wie „Tendenzpresse“ oder „Kampagnenjournalismus“ von eher linker Seite und „Lügenpresse“ von eher rechter Seite. Der Leitspruch von Hajo Friedrichs, wonach man „einen guten Journalisten daran [erkenne], dass er sich nicht gemein macht mit einer Sache – auch nicht mit einer guten Sache; dass er überall dabei ist aber nirgendwo dazugehört“ gilt anscheinend nicht mehr als Credo unter Journalisten. Mehr und mehr kommt es Journalisten darauf an, die Welt zu verändern. Sie wollen Haltung zeigen statt Enthaltung, nicht Fakten und nur Fakten sind die Grundlage, sondern ideologische Haltungsmuster (z.B. #MeToo-Debatte). Dieser Wechsel aus der passiven in eine aktive, teilweise aktivistische Rolle lähmt jedoch den Diskurs und engt ihn ein. Denn der Journalist mit einer bestimmten Haltung zu bestimmten Werten (welchen?) vermittelt nicht mehr umsichtig zwischen den Fakten, und zeichnet nicht mehr ein vielschichtiges, der Gesellschaftsordnung nicht zu gefälliges Bild, sondern er will harmonisch wärmen und zu den richtigen Werten stehen. Haltungsjournalismus zeigt nicht auf, was die Menschen umtreibt, sondern er treibt die Menschen um [13], und ist einer der Gründe für das Erstarken der Rechtspopulisten.



Die Tagungen der Rundfunkräte sind bei den meisten Sendern bereits öffentlich. Beim MDR wird die Öffentlichkeit im Herbst 2019 eingeführt. Ob die öffentlichen Tagungen dazu führen, dass brisante Fragen eher in informellen Zirkeln (abgeschirmt) behandelt werden bleibt abzuwarten.

Programmbeschwerden, die in den Redaktionen und bei den Rundfunkräten zu behandeln sind, werden oft pauschal zurückgewiesen (s. Anlage 2, Beispiel für den Umgang mit einer Zuschauerbeschwerde beim ZDF). Hauptkritikpunkt ist jedoch, dass die Kontrollräte lediglich beratende Funktion haben. Deshalb können sie, in welcher Zusammensetzung auch immer, bei welcher Kritik auch immer, rein gar nichts bewirken, wenn die Intendanz die Kritik ablehnt. Auch in den Staatsverträgen sind keinerlei Maßnahmen vorgesehen, die gegen Meinungsmanipulation, Desinformation und ideologische Propaganda im ÖR-Rundfunk aktiviert werden könnten. Rundfunkräte, Programmbeschwerden, etc. sind „zahnlose Stubentiger“, die für eine wirksame Durchsetzung des Programmauftrages ungeeignet sind.

Das heißt gegen Einfluss von außen ist der ÖR-Rundfunk wirkungsvoll geschützt, kann sich dabei immer auf die Pressefreiheit berufen. Verbreitet er selbst massiv ideologische Propaganda, gibt es keinerlei Mittel dagegen. So ist mit den Jahren die Pressefreiheit in Deutschland zur unbelangbaren, ideologischen Narrenfreiheit verkommen.

Die Analyse der Rolle der Medien beim Abbau der Demokratie müsste noch wesentlich tiefgreifender beschrieben werden. Dazu gehören beispielsweise die Methoden des Meinungsmanagements und des Empörungsmanagements, wie sie in [6] beschrieben sind. Im Rahmen dieses Positionspapier ist das aber nicht zu leisten und muss daher eine der Aufgaben der weiteren Arbeit der Themengruppen Medien und Journalismus sein.

### **Resultierende Forderungen - Entwurf für die Zukunft**

Wir sind für eine Stärkung der ÖR-Medien. Die Ausbildung der Journalisten ist in Deutschland generell gut. Es muss aber gelingen, dass sich die Journalisten in ihrer täglichen Arbeit wieder auf ihr erlerntes journalistisches Handwerk konzentrieren und aufrechten, kritischen, geradlinigen Journalismus machen. Ihre innere Stabilität muss stärker sein als der Druck von außen, sie dürfen den Intentionen von außen nicht nachgeben (müssen). Wir brauchen Journalisten mit Rückgrat und Kraft, solche wie Scholl-Latour, Todenhöfer, Lüders.

Solange die ÖR-Medien aber ihrem Auftrag nicht gerecht werden, müssen die alternativen Medien gestärkt werden. Das Ziel einer demokratisch gelebten Medienkultur sollte es sein, auch die kleinen, alternativen Medien (Nachdenkseiten, Rubikon, KenFM, NuoViso, Telepolis etc.) wie auch Freie Radios (über ihre geringe Finanzierung durch die Landesmedienanstalten hinaus) mit einem Mindestanteil von 2% der Einnahmen des Rundfunkbeitrags (ehemals GEZ) teil-finanziert werden, da sie im Gegensatz zu den ÖR-Medien ihrer Informationspflicht größtenteils nachkommen. Im Gegensatz dazu haben sich aus unserer Sicht ARD und ZDF in den vergangenen Jahren zunehmend zu transatlantischen Verlautbarungsmedien entwickelt, die auf einen Krieg gegen Russland hinwirken.

Wir fordern einen konstruktiven Umgang mit Programmbeschwerden und keine vorformulierten Antwortschreiben. Der respektvolle Umgang in den Redaktionen und Rundfunkräten mit unseren (ebenfalls respektvoll formulierten) Meinungsäußerungen sollte selbstverständlich sein. Nachgewiesene Fehler müssen durch die Sender richtiggestellt werden.

Die Erfüllung des Programmauftrages der ÖR-Rundfunks und der privaten Medien (wie oben beschrieben) soll jedes Jahr von einer unabhängigen Institution überprüft werden. Dies dient der Qualitätskontrolle der Programmangebote. Als Beispiel kann die Schweiz heran gezogen werden, wo es eine solche Qualitätserfassung seit Jahren gibt. Neben der prozentualen Erfassung der Programmbeiträge nach Kategorien wie Information, Bildung, Kultur, Unterhaltung, Sport etc. soll auch eine Gewichtung nach der Sendezeit erfolgen. Auf dieser Basis kann ein Qualitätsmanagementsystem für die Medien aufgebaut werden.

Die ÖR-Medien gehören der gesamten Gesellschaft und werden von uns Bürgern finanziert. Wir fordern die Etablierung von Publikumsräten, um eine rechtliche Handhabe bei Nichteinhaltung des Programmauftrages einzuführen. Die Publikumsräte sollen im Losverfahren besetzt werden, um Seilschaften zu verhindern und größtmögliche Unabhängigkeit zu garantieren. Ein Publikumsrat soll bei Nichterfüllung des Programmauftrags Verfahren auslösen können, wie z.B. Bußgeldverfahren, Einschränkungen/Einstellung der Finanzierung bis zum Entzug von Sendelizenzen. Die eingezogenen Gelder sollen zu alternativen Medien umverteilt werden können (analog zu Bußgeldern, die für gemeinnützige Zwecke genutzt werden). Als eine Grundlage seiner Arbeit soll u.a. die angeführte Qualitätserfassung dienen. Mit dem Qualitätsbericht hätten auch die Rundfunkräte ein geeignetes Werkzeug für ihre Arbeit zur Verfügung, um ihrer Rolle als Kontrollorgan des ÖR-Rundfunks qualifizierter nachzukommen.

Des Weiteren sollte in den Arbeitsverträgen bzw. Unteraufträgen der Journalisten, die für öffentlich-rechtliche Medien arbeiten, ein Passus eingebaut werden, der sie verpflichtet und berechtigt, den gesetzlich festgelegten Programmauftrag der ÖR-Medien zu erfüllen. Dieser Passus soll die Journalisten davor schützen, dass sie für aufrechte geradlinige Arbeit arbeitsrechtlich benachteiligt werden können (wie es derzeit noch vielfach vorkommt).

Nachrichten sollen Fakten und Hintergrundinformationen enthalten, keine Meinungsmanipulation. Eine Einschränkung der Diskussionsbreite z.B. mit Totschlagbegriffen (wie z.B. „Verschwörungstheorie“, „alternativlos“) darf nicht erfolgen. Die derzeit vorhandene Informations- und Verbreitungseinschränkung muss abgeschafft werden. Meinungsartikel und Kommentare sind deutlich als solche erkennbar zu machen. Die Fixierung auf die von der Regierung vertretenen Meinung (Indexing) ist zurückzufahren, stattdessen sind Multi-Perspektiven und Meinungsvielfalt zu stärken. Mehr Reporter und Korrespondenten sollen vor Ort arbeiten und ihr erlerntes journalistisches Handwerk dabei einsetzen, um die Qualität der Nachrichten zu verbessern. Die Gegenöffentlichkeit ist in die Debatte holen. Die Einschränkung des Debattenraumes ist zurückzufahren.

Für die Programmaufstellung soll nicht die Quote entscheidend sein, sondern die Qualität (entsprechend journalistischen Qualitätskriterien) und die ausgewogene Vielfalt des Programms. Entsprechend dem Bildungsauftrag der ÖR-Medien soll ein zielgruppengerechtes Programm gemacht werden und Sendungen mit Bildungs-/Informations-Inhalt (z.B. Reportagen, kritische Magazine, Hintergrundinfos) zu einem frühen Zeitpunkt am Tag („gute Sendezeit“) gesendet werden, um eine große Verbreitung zu erreichen.

Die „doppelten Standards“ sind aufzudecken und aus den Nachrichten zu verbannen. Bisher widmen sich dieser Aufgabe vor allem die Satire-Sendungen wie Die Anstalt, Heute-Show, Mann-Sieber und extra3. Insbesondere Die Anstalt hat hervorragende thematische Sendungen z.B. zur Struktur der

Medienlandschaft, Dieselgate, Waffenexport und vielen mehr gemacht<sup>3</sup>. Diese Aufklärung ist dringend notwendig, nicht nur in Satire-Sendungen, sondern auch über andere journalistische Formate.

Wir brauchen Hintergrundwissen darüber, wem die privaten Verlage und Sender gehören und welche Intentionen sie vertreten, um die Meldungen, Sendungen und Artikel einschätzen und einordnen zu können. Stellen wir uns immer wieder die Frage „Wem nützt es?“, wenn wir mit Nachrichten oder Meinungsäußerungen konfrontiert werden, die wir nicht gleich einordnen können. Das ist notwendig, um sich selbst eine Meinung zu bilden und den kritischen Verstand zu schärfen.

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz ist abzuschaffen. Bei der Umsetzung der neuen EU-Regeln zum Urheberrecht in nationales Recht muss gewährleistet werden, dass alternative Medien nicht blockiert werden (z.B. upload-Filtern zum Opfer fallen, Lizenzen beantragen müssen). Der Anfang Juni bekannt gewordene Referentenentwurf des Innenministeriums für ein Gesetz, das es den deutschen Inlands- und Auslandsgeheimdiensten ausdrücklich erlaubt, Server, Computer und Smartphones von Verlagen, Rundfunksendern sowie freiberuflichen Journalistinnen und Journalisten zu hacken, verschlüsselte Kommunikation abzufangen und verdeckt nach digitalen Daten zu suchen, muss Bürger und Journalisten zur Gegenwehr veranlassen – ein entsprechendes Gesetz muss verhindert werden!

Es sollte ein öffentlicher Debattenraum für Bürger und Medienschaffende aufgebaut werden.

Wir brauchen auch eine tagesaktuelle Berichterstattung, alternativ zur Tagesschau, die relevante Nachrichten mit alternativer Sichtweise anbietet, wo sich Menschen schnell orientieren können - kann „Aufstehen“ ein derartiges Projekt aufbauen, gestützt auf ein Crowdfunding?

**Wir wollen unsere Forderungen an politische Akteure (Ministerpräsidenten, Medien-Staatssekretäre, medienpolitische Sprecher der Parteien, Landesmedienanstalten ...) im Namen der TG Medien und Journalismus von „Aufstehen Leipzig“ weiterleiten. Wenn es uns nicht gelingt die ÖR-Medien zu stärken und damit den Debattenraum für alle Ansichten und Meinungen wiederherzustellen und so eine breite Diskussion über die weitere Ausgestaltung unserer Gesellschaft zu ermöglichen, wird unsere Demokratie weiter Schaden nehmen.**

Leipzig, 12.07.2019

## Referenzen

[1] Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien (Rundfunkstaatsvertrag - RStV -) vom 31. August 1991, in der Fassung des Achtzehnten Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Achtzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) in Kraft seit 1. Januar 2016

[2] Sächsisches Gesetz über die Presse vom 3. April 1992 (SächsGVBl. S. 125), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 26. April 2018 (SächsGVBl. S. 198) geändert worden ist“ (<https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/4197-SaechsPresseG>)

---

<sup>3</sup> Episodenliste: [https://de.wikipedia.org/wiki/Die\\_Anstalt/Episodenliste](https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Anstalt/Episodenliste)

- [3] Stephan Ruß-Mohl: Am eigenen Schopfe... Qualitätssicherung im Journalismus — Grundfragen, Ansätze, Näherungsversuche. In: Publizistik 1/1992, S. 83–96.
- [4] Uwe Krüger: *Mainstream - Warum wir den Medien nicht mehr trauen* (2016) C.H.Beck, ISBN 978-3406688515.
- [5] Dominik Hösl: *Die "Vierte Gewalt" im Staat. Verantwortung der Massenmedien* (2014) ISBN 9783668082960. <https://www.grin.com/document/309831>
- [6] Rainer Mausfeld: *Warum Schweigen die Lämmer* (2018), Westend Verlag GmbH, ISBN 9783864892257
- [7] Gideon Levy: *Germany shame on you and your anti-BDS resolution*. Haaretz 19.5.2019
- [8] *Die Propaganda-Matrix: Wie der CFR den geostrategischen Informationsfluss kontrolliert. Eine Studie von Swiss Propaganda Research*. September 2017. <https://swprs.org/die-propaganda-matrix/>
- [9] Žaklin Nastić: *Der Wirtschaftskrieg gegen Syrien muss ein Ende finden! Die Freiheitsliebe*. 30.04.2019 <https://diefreiheitsliebe.de/politik/meinungsstark-politik/der-wirtschaftskrieg-gegen-syrien-muss-ein-ende-finden/>
- [10] <https://www.grimme-lab.de/2018/03/11/nachrichtenagenturen/>
- [11] <https://www.agenturjournalismus.de/index.php/basiswissen/9-nachrichtenagenturen-ein-ueberblick>
- [12] NSC #98: Dr. Uwe Krüger: *Die Freiheit der Meinungsbildung. Medien, Macht und Mainstream*. <https://www.youtube.com/watch?v=rBUZrqwANZs>
- [13] Roberto J. De Lapuente: *Enthaltung oder Haltung? MAKROSKOP*, 21.05.2019, <https://makroskop.eu/2019/05/enthaltung-oder-haltung/>

-----

Anhang 1: Wer sind die Eigentümer der Nachrichtenagenturen?

**dpa** ist eine GmbH mit 180 Gesellschaftern (Zeitung- und Zeitschriftenverlage, Verleger, Rundfunkanstalten und -gesellschaften)

**Reuters:** *Thomas Reuters Corporation, New York City, Hauptanteilseigner mit 55% (Stand April 2013) The Woodbridge Company, Toronto, Kanada. Diese wiederum ist eine private Unternehmung der kanadischen Thomson Familie. David Thomson und Peter Thomson sind die derzeitigen Vorsitzenden von Woodbridge, gleichzeitig Eigentümer und damit die kontrollierenden Personen hinter Reuters. Präsident, CEO und Direktor ist zur Zeit der 55-jährige David Binet. David Thomson, 56, ist laut Forbes-Liste die Nummer 26 der reichsten Menschen der Welt mit einem Vermögen von 22,7 Milliarden US-Dollar (Stand 15. April 2014). Peter Thomson, der jüngere Bruder von David, ist Gründer des Wagniskapitalgebers Thomvest, dessen Vorsitzender er ebenfalls ist. Nach eigenen Angaben ist Thomvest ein 250 Millionen schwerer Spieler auf dem Spielfeld der Venture Capital Funds mit Sitz in Silicon Valley. Unterstützt werden hauptsächlich Firmen/-gründungen aus dem IT-Bereich wie Axcient oder iPass. Die restlichen 45% der Aktien befinden sich im Streubesitz.*

**ddp:** *die Münchner Unternehmer Peter Löw und Martin Vorderwülbecke*

*epd Evangelische Kirchen in Deutschland und ihre Landeskirchen*

**KANN** Katholische Kirche in Deutschland

**sid** seit 1998 eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der halbstaatlichen französischen Nachrichtenagentur AFP

**AP** Die deutsche Zentrale der AP wurde im Dezember 2009 von den Eigentümern der Nachrichtenagentur ddp, Peter Löw und Martin Vorderwülbecke, übernommen

-----  
Anhang 2:

Beispiel für eine Zuschauerbeschwerde beim ZDF, anlässlich der Worte von Claus Kleber zu Beginn der Sendung Heute-Journal, als Beispiel für den arroganten und pauschalen Umgang mit Zuschauerkritik (Name gelöscht):

-----  
Original Anfrage:

Von: xxx

An: Zuschauerservice@zdf-service.de

Datum: 10:04:2019  
-----

Guten Tag,

ich fühle mich von Herrn Kleber und der Redaktion des Heute Journals zutiefst verletzt von Herrn Klebers "fiktiver" Meldung über den Kriegsbeginn in Estland. Damit wurde eine Grenze der Moral, Ethik und Menschlichkeit überschritten. Es ist eine Frechheit, solche, zum Glück gelogenen Worte - (Sie würden in anderem Zusammenhang den Begriff "Fake News" dafür verwenden) - als Nachricht zu verkaufen.

Kommen Sie mir nicht mit Ihrer bereits vielfach verschickten pauschalen Antwort:

"Die Moderatoren des "heute-journals" haben die Aufgabe, Themen und Ereignisse des Tages prägnant und verständlich darzustellen. Claus Kleber ist ein renommierter und erfahrener Journalist, der in diesem Sinn nach professionellen Kriterien arbeitet. Dies geschieht im Interesse unserer Zuschauer und selbstverständlich ohne vordergründige Absicht."

Es ist keinesfalls im Interesse der Zuschauer, Kriegspropaganda zu betreiben. Kein einziges Ereignis vom 4.4.2019 rechtfertigt es, diese Worte zu benutzen, von denen ich mir nicht einmal vorstellen möchte, dass sie wahr sein könnten. Das ZDF sollte sich an seinen Programmauftrag erinnern! Welches professionelle Kriterium des Journalismus erlaubt es, auf diese Art und Weise dem Zuschauer gegenüber zu treten? Die nachgefolgte "Klarstellung" durch Herrn Kleber reicht da keinesfalls aus.

Weiter aus Ihrem vielfach verschickten Antwortschreiben:

"Dieses Szenario ist beispielhaft gewesen, der Moderator hat dies auch sofort erklärt und die Zuschauer mit den Worten "Keine Sorge, das ist nicht so. Das ist nur eine Vision, aber eine realistische" ausdrücklich beruhigt." - Wofür soll dieses Szenario denn beispielhaft stehen? Für den Beginn eines 3. Weltkrieges? Möchte uns Herr Kleber schon mal mit dem Gedanken vertraut machen? Was soll diese Kriegshetze? Wessen Interessen werden hier vertreten? Die der breiten Mehrheit der Bevölkerung bestimmt nicht - die allermeisten Menschen wünschen sich Frieden mit allen Völkern.

Das "Renommee" von Herrn Kleber als "erfahrener" Journalist hatte bereits bisher schon sehr gelitten, mit dieser Sendung ist er in meinen Augen nicht mehr tragbar. Allerdings steht ja auch eine Redaktion dahinter, und diese Redaktion müssen die Menschen mit ihrem "Rundfunkbeitrag" finanzieren. Ich bin mir sicher, dass Sie zahlreiche Zuschriften erhalten und erfahren, dass wir Zuschauer diese Arbeitsweise und Missachtung Ihres Programmauftrages nicht tolerieren werden. Verschonen Sie mich mit Ihrem vorformulierten Antwortschreiben. Diese Art der Behandlung von Programmbeschwerden der Zuschauer empfinde ich als persönliche Missachtung. Ich erwarte von der Redaktion und von Herrn Kleber eine Erklärung und Entschuldigung für diese Worte, sowie dass die Redaktion des Heute Journals sich zurückbesinnt auf den Programmauftrag "einen **objektiven Überblick über das Weltgeschehen**, insbesondere ein **umfassendes Bild der deutschen Wirklichkeit** [zu] vermitteln..." [Staatsvertrag über die Errichtung der Anstalt des



öffentlichen Rechts Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)]. Davon ist das ZDF heute weiter entfernt denn je, und Kriegshetze gehört definitiv nicht dazu.  
xxx

**Gesendet:** Mittwoch, 10. April 2019 um 17:41 Uhr

**Von:** Zuschauerservice@zdf-service.de

**An:** xxx

**Betreff:** Programmbeschwerde zur Sendung heute-journal vom 4.4.2019 (Ticket: DE02-1989709)

Sehr geehrte xxx,

vielen Dank für Ihre E-Mail an das ZDF.

Die Moderatoren des "heute-journals" haben die Aufgabe, Themen und Ereignisse des Tages prägnant und verständlich darzustellen. Claus Kleber ist ein renommierter und erfahrener Journalist, der in diesem Sinn nach professionellen Kriterien arbeitet. Dies geschieht im Interesse unserer Zuschauer und selbstverständlich ohne vordergründige Absicht. Dazu gehört mitunter auch eine pointierte Wortwahl, wenn es darum geht, Tagesaktualität und die handelnden Personen zu beschreiben.

Claus Kleber hat am 4. April zu Beginn des "heute-journals" einen fiktiven Bündnisfall der NATO für ein von russischen Truppen besetztes Estland beschrieben. Dieses Szenario ist beispielhaft gewesen, der Moderator hat dies auch sofort erklärt und die Zuschauer mit den Worten "Keine Sorge, das ist nicht so. Das ist nur eine Vision, aber eine realistische." ausdrücklich beruhigt.

Ihre Kritik an Claus Klebers Moderation haben wir in unsere tagesaktuelle Auswertung der Zuschauerreaktionen aufgenommen. Diese wird der verantwortlichen Redaktion und einem weiten Empfängerkreis in unserem Haus, inklusive der Geschäftsleitung, übermittelt und dort in der internen Auseinandersetzung mit dem Programmangebot berücksichtigt.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Zuschauerservice

10.04.2019, 19:37 Uhr

Sehr geehrter Zuschauerausschuss,

mit Ihrer Antwort haben Sie den Nachweis geliefert, dass Sie meine Beschwerde überhaupt nicht gelesen haben, denn ich hatte mich bereits auf Ihren zu erwartenden Text bezogen:

*Kommen Sie mir nicht mit Ihrer bereits vielfach verschickten pauschalen Antwort: "Die Moderatoren des "heute-journals" haben die Aufgabe, Themen und Ereignisse des Tages prägnant und verständlich darzustellen. Claus Kleber ist ein renommierter und erfahrener Journalist, der in diesem Sinn nach professionellen Kriterien arbeitet. Dies geschieht im Interesse unserer Zuschauer und selbstverständlich ohne vordergründige Absicht."*

*Es ist keinesfalls im Interesse der Zuschauer, Kriegspropaganda zu betreiben. Kein einziges Ereignis vom 4.4.2019 rechtfertigt es, diese Worte zu benutzen, von denen ich mir nicht einmal vorstellen möchte, dass sie wahr sein könnten. Das ZDF sollte sich an seinen Programmauftrag erinnern! Welches professionelle Kriterium des Journalismus erlaubt es,*

*auf diese Art und Weise dem Zuschauer gegenüber zu treten? Die nachgefolgte "Klarstellung" durch Herrn Kleber reicht da keinesfalls aus.*

*Weiter aus Ihrem vielfach verschickten Antwortschreiben:*

*"Dieses Szenario ist beispielhaft gewesen, der Moderator hat dies auch sofort erklärt und die Zuschauer mit den Worten "Keine Sorge, das ist nicht so. Das ist nur eine Vision, aber eine realistische" ausdrücklich beruhigt." - Wofür soll dieses Szenario denn beispielhaft stehen? Für den Beginn eines 3. Weltkrieges? Möchte uns Herr Kleber schon mal mit dem Gedanken vertraut machen? Was soll diese Kriegshetze? Wessen Interessen werden hier vertreten? Die der breiten Mehrheit der Bevölkerung bestimmt nicht - die allermeisten Menschen wünschen sich Frieden mit allen Völkern.*

*Das "Renommee" von Herrn Kleber als "erfahrener" Journalist hatte bereits bisher schon sehr gelitten, mit dieser Sendung ist er in meinen Augen nicht mehr tragbar. Allerdings steht ja auch eine Redaktion dahinter, und diese Redaktion müssen die Menschen mit ihrem "Rundfunkbeitrag" finanzieren. Ich bin mir sicher, dass Sie zahlreiche Zuschriften erhalten und erfahren, dass wir Zuschauer diese Arbeitsweise und Missachtung Ihres Programmauftrages nicht tolerieren werden.*

*Verschonen Sie mich mit Ihrem vorformulierten Antwortschreiben. Diese Art der Behandlung von Programmbeschwerden der Zuschauer empfinde ich als persönliche Missachtung. Ich erwarte von der Redaktion und von Herrn Kleber eine Erklärung und Entschuldigung für diese Worte, sowie dass die Redaktion des Heute Journals sich zurückbesinnt auf den Programmauftrag "einen **objektiven Überblick über das Weltgeschehen**, insbesondere ein **umfassendes Bild der deutschen Wirklichkeit** [zu] vermitteln..." [Staatsvertrag über die Errichtung der Anstalt des öffentlichen Rechts Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)]. Davon ist das ZDF heute weiter entfernt denn je, und Kriegshetze gehört definitiv nicht dazu.*

Ich bitte um eine individuelle konstruktive Antwort sowie die Weiterleitung des Vorgangs an und Behandlung im Programmbeschwerdeausschuss.

xxx

Auf diese E-Mail kam keine Antwort mehr.